

# Pulsnitzer Tageblatt

Verlagsdruckerei 18. Tel. 12. Pulsnitzer Tageblatt Pulsnitzer  
Postfach-Konto Dresden Nr. 38. Giro-Konto 146 **Bezirksanzeiger**

**Wochenblatt**

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitzer und  
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitzer



— **Er scheint an jedem Werktag** —  
Zu Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung  
des Betriebes der Zeitung oder der Verlagsanstalten, hat der Verleger  
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-  
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei  
Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend

Anzeigen-Grundzahlen in Pfl.: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmaß 14)  
1 mm Höhe 10 Pfl., in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Pfl.; amtlich 1 mm  
80 Pfl. und 24 Pfl.; Reklame 25 Pfl., tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. — Bei  
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen  
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlaß in Anrechnung.  
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz  
des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsgemeinden des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitzer M. S., Großnaundorf, Brettnig, Hauswalde, Dorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und  
Niederlichtenau, Friedersdorf, Tschennsdorf, Mittelbach, Großnaundorf, Uchtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Förstner's Erben (Inh. J. B. Mohr)

Schriftleiter: J. B. Mohr in Pulsnitz

Nummer 291

Montag, den 16. Dezember 1929

81. Jahrgang

**Amtlicher Teil.**

## Öffentliche Stadtverordneten = Sitzung

am Donnerstag, den 19. Dezember 1929, abends 1/8 Uhr  
im großen Sitzungssaale des Rathauses.

Tagesordnung: I. Kenntnisnahmen. II. Beratungen und Beschlussempfehlungen:  
1. Abrechnungen über die Kosten des städtischen Neubaus an der Kühnstraße (Bürgermeisterhaus).  
2. Entschließung wegen evtl. Verpachtung des Kommunitäts (Brauereteich). 3. Bewilligung  
von Berechnungsgeld für Weihnachtsbeihilfen an besonders Bedürftige. III. Anfragen und Anträge.  
Pulsnitz, den 16. Dezember 1929. **Karl Zimmermann, Vorsteher.**

## Ankündigungen aller Art

in dem „Pulsnitzer Tageblatt“ sind von denkbar  
bestem Erfolg.

### Vertliche und fächliche Angelegenheiten

(Schutz vor Brandstiftung.) Die unheil-  
vollen Brände in der ländlichen Umgebung Dresdens haben  
einen Feuerwehrmann veranlaßt, zur Vermeidung oder  
wenigstens Erschwerung solcher Brandstiftungsfälle den Grund-  
stückseigentümern folgendes zu raten: Alle Öffnungen der  
Scheunen, insbesondere der Deichselöffnungen im Mauerwerk  
oder in den Türen sind möglichst dicht zu schließen, damit  
brennende Stoffe nicht eingeworfen werden können. Die  
Tore, besonders die nicht gut schließenden, sind von leicht  
brennbaren Stoffen, wie Heu, Stroh usw. freizuhalten,  
damit sie nicht in Brand gesetzt werden können. Alle Gittern  
sind unter gutem Verschluss zu halten, damit sich der Brand-  
stifter ihrer nicht bedienen kann, sie aber doch im Falle  
eines Brandes zu seiner Bekämpfung verfügbar sind. Es  
ist dafür zu sorgen, daß die Feuerlöschrichtungen in guter  
Ordnung sind.

**Königsbrück.** (Veruntreute Gelder) Es  
handelt sich um Wertpapiere im Nominalwert von 7000 Mk.  
Da Wertpapiere bei Banken und Behörden im Gelbschrank  
aufbewahrt nur im Besitze von zwei Beamten diesem ent-  
nommen werden können, ist es dem Justizobersekretär Kr.  
nur durch Täuschung möglich gewesen, sich diese Papiere  
aneignen. Kr. hat diese Papiere bei einer Ramenzener,  
einer Dresdner und einer Königsbrücker Bank verpfändet.  
Der ungetreue Beamte wurde sofort vom Amte suspendiert.  
Der entstandene Schaden soll von Seiten der Gattin Kr.  
durch eine Sicherheitshypothek gedeckt werden. Den betrei-  
fenden Banken wird kein Schaden entstehen, da die Beträge  
durch die Justizverwaltung gegen Rückgabe der Papiere er-  
stattet werden sollen; die Justizverwaltung erleidet ihrerseits  
keinen Schaden, da die Beträge durch die oben erwähnte  
Sicherheitshypothek gedeckt werden.

**Arnsdorf.** (Ehrung) Vom Reichspräsidenten  
v. Hindenburg ging dem hiesigen Schirmmeister R. Wünsche,  
der kürzlich die Goldene Hochzeit feierte, ein Glückwunsch-  
schreiben zu. Die Freude bei den Empfängern war groß. —  
(Musikalische Weihnachtsfeier.) Eine solche fand  
am Sonntag zum Besten mittellose Verpflegter in der Lan-  
desanstalt in der Anstaltskirche statt. Dargeboten wurde  
das volkstümliche Weihnachtsoratorium „Die Geburt des  
Hilands“ von Albert Franz, ein Oratorium für Frauen-  
und Gemischten Chor, Soli, Klavier und Orchester. Die  
Ausführenden waren die Konzerttänzerin Edith Rudolph aus  
Dresden (Sopran), Konzertsänger Ernest Piater-Trepte von  
ebenda (Bariton), Willy Wolff (Klavier), der Anstaltskirchen-  
chor und das Stadtorchester Großnaundorf. Die Leitung  
lag in den Händen des Anstaltsoberlehrers Kantor Schreiber.  
Es war eine Glanzleistung von größter Wirkung auf die  
Zuhörer. Unter den Besuchern waren auch Musikverständige  
aus Bischofswerda, Großnaundorf, Radeberg, Stolpen, sogar  
aus Pirna und Dresden vertreten. Den Ausführenden ge-  
hört höchstes Lob und größte Anerkennung. Das war eine  
würdige und erhebende Weihnachtsvorfreude.

**Neustadt i. Sa.** (Einführung der Arbeits-  
pflicht.) In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde  
die Aufnahme einer Anleihe von 60 000 Mark beschlossen.  
Ferner wurde im Prinzip die Einführung einer Arbeits-  
pflicht zugestimmt. Danach sollen die ausgeübten  
Jugendlichen, soweit es die gesetzlichen Bestimmungen zu-  
lassen, in jeder Woche einen Tag Arbeitspflicht gegen  
einen Stundenlohn, wie ihn ein Kommunalarbeiter er-  
hält, leisten. Bürgermeister Dr. Hiege gab einen Rück-  
blick auf das vergangene Jahr und teilte mit, daß  
einem Einnahmewachstums von 641 000 Mark ein Schub-  
zuwachs von 236 000 Mark gegenüberstehe, was im Ver-

## 222 Ja-Stimmen für die Reichsregierung

Das Vertrauensvotum vom Reichstag angenommen

Callaux sagt: Der Youngplan wird eine Enttäuschung — Protest der Gläubigermächte in Berlin — Wer bezahlt  
die Besatzungsalimente? — Die Pariser Presse zum Vertrauensvotum

Die Abstimmung über das Vertrauensvotum für die Re-  
gierung Müller im Reichstag hat eine Mehrheit von 222 Ja-  
Stimmen gegen 156 Nein-Stimmen bei 22 Enthaltungen und  
400 abgegebenen Stimmen ergeben. Es haben beinahe 100  
Abgeordnete an der Abstimmung sich nicht beteiligt. Die  
22 Enthaltungen stammen zum erheblichen Teil von der  
Deutschen Volkspartei. Ein Teil der Abgeordneten der Deut-  
schen Volkspartei hat aber mit Nein-Stimmen gegen die Re-  
gierung gestimmt. Das Ergebnis wurde von der Mehrheit  
ohne jede Beifallsäußerung entgegengenommen, da die Mehr-  
heit für die Regierung im Gegensatz zu der an sich vorhande-  
nen Mehrheit der Regierungsparteien recht knapp ist.

### Zwei Reichstagsitzungen.

116. Sitzung, Sonnabend, den 14. Dezember.

Bevor der Reichstag in die Tagesordnung eintrat, verlangte  
Dr. Quack (Dn.) das Wort zu einer Erklärung. Unter leb-  
haftem Protest der Rechten wurde ihm das Wort aber nicht er-  
teilt, da, wie Präsident Löbe mitteilte, der Wortlaut der Er-  
klärung von ihm vorher nicht durchgesehen worden sei, wie das  
die Geschäftsordnung vorschreibe.

Es wurde die Besprechung der Erklärung der Reichsregie-  
rung in Verbindung mit den eingelaufenen Mißtrauensanträgen  
fortgesetzt. Das Wort nahm der Abg. Dr. Oberfohren (Dn.),  
der darauf hinwies, daß die Erklärungen mehrerer Regierung-  
sparteien eine glatte Ablehnung des Finanzprogramms bedeuteten.  
Dr. Oberfohren hob hervor, daß schon darin ein Mißtrauen liege,  
wie es stärker sachlich nicht zum Ausdruck gebracht werden könne.  
Die größte Regierungspartei habe offene Revolte angekündigt.

Die offene Feldschlacht habe das Kabinett Müller verloren.  
Welch ein schreiender Gegensatz sei zwischen den Fanfantonen  
der ersten Regierungserklärung des Kabinetts Müller und dem  
Auftreten des Kanzlers vorgestern in der Rolle eines Schuldners.  
Selbst in diesem Hause hätten jene verheerenden Offenbarungen  
wie Keulenschläge gewirkt! Selbst in diesem Reichstag sei das  
Ornament vor dem Zusammenbruch und dem offenen Bankrott ein-  
gezogen. Dr. Oberfohren sagte: „Der deutschnationale Finanz-  
minister v. Schlieben war der einzige Finanzminister, der die  
Methode der vorzüglichen Finanzgebarung gegenüber den An-  
forderungen des Etats angewendet hat. Wo sind die 400 Mil-  
lionen geblieben, die dem Finanzminister Reinhold als Schatz  
hinterlassen worden sind? Herr Reinhold hat sie ausgegeben.  
Wer auf die finanziellen Mißstände aufmerksam machte, wurde  
von Regierungsseite und den Regierungsparteien als wirtschaft-  
licher Landesverräter hingestellt.“ Die deutschnationale Volks-  
partei habe immer wieder darauf hingewiesen, daß die Pump-  
wirtschaft geradezu verheerend wirken müsse. Dr. Oberfohren  
schloß: „Wir haben jetzt keine Staatsführung, sondern eine Me-  
thode, die das Volk mit verbundenen Augen in den Abgrund  
führt. Wir haben einen unehrlichen Etat. Von einer umfassenden  
Finanz- und Steuerreform ist keine Rede. Von der Regierung  
vorgelegten kümmerlichen Vorschlägen fehlt jeder schöpfe-  
rische Gedanke. Die deutschnationale Reichstagsfraktion lehnt  
die Verantwortung für jede Neubelastung der deutschen Wirt-  
schaft ab. Wenn diese Regierung die Vollmacht für die Haager  
Konferenz erhält, so ist das ein Verrat nationaler Interessen,  
für den das Volk die Quittung geben wird.“

### Reichsfinanzminister Dr. Hilferding

war erstaunt, daß manche Redner das Defizit als überraschende  
Offenbarung bezeichnet hätten. Er selbst habe früher wieder-  
holt auf die bedenkliche Kassenlage hingewiesen. Das Kassen-  
defizit habe sich durch zwei Tatsachen vergrößert: der Etat 1928  
habe mit einem Defizit von 155 Millionen abgeschlossen. 260 Mil-

lionen Mehrbedarf seien für die Arbeitslosenversicherung hinzu-  
gekommen. Dr. Hilferding erklärte, daß die Lage dadurch so  
schwierig geworden sei, daß in den Jahren 1926 bis 1928 alle  
Reserven aus den früheren Jahren verausgabt wurden. Die  
Entwicklung habe dahin geführt, daß wir jetzt ein Defizit von  
1700 Millionen hätten. Das Defizit werde sich durch Ersparnisse  
aus dem Young-Plan um 464 Millionen vermindern. Die Ar-  
beitslosenversicherung werde dagegen im nächsten Jahre noch  
150 Millionen Zuschüsse gebrauchen. Die Regierung lege deshalb  
entscheidendes Gewicht darauf, daß sich diese Beträge durch eine  
Erhöhung der Beiträge für die Arbeitslosenversicherung ver-  
mindern. Für den 1. April hofft Dr. Hilferding das Kassen-  
defizit auf 1400 Millionen herabzudrücken. 500 Millionen will  
er durch die Kreuzer-Anleihe konsolidieren. Es würden 900 Mil-  
lionen übrig bleiben. Dieser Summe stünden noch 500 Mil-  
lionen reguläre Deckungsmittel — 400 Millionen Schatzwechsel  
und 100 Millionen Vorzugsaktien der Reichsbahn — gegenüber.  
Der Finanzminister kam anschließend mit Ausführungen über  
die Abdeckung der schwebenden Schulden auf die Gestaltung des  
Etats 1929 zu sprechen. Er erwähnte dabei die damals vor-  
genommenen Streichungen des Reichstages.

Abg. Drelich (B. P.) gab seiner Verwunderung Ausdruck,  
daß die Regierung noch den Mut habe, Vertrauen von den Par-  
teien zu fordern. Der Redner meinte, daß Staatssekretär Popitz  
der eigentliche Verantwortliche sei.

Die sachliche Mitarbeit der Wirtschaftspartei sei leider aus-  
geschlagen worden. Dr. Best (Volksrechtspartei) lehnte das Re-  
gierungsprogramm ab.

Die neue Fraktion der Christlichnationalen Arbeitsgemein-  
schaft hatte inzwischen einen

### Mißtrauensantrag gegen die Reichsregierung

eingebracht. Abg. Torgler (Komm.) warf den Sozialdemo-  
kraten Schaumflügerei vor.

Torgler griff die Sozialdemokratie wegen des Hilferding'schen  
Finanzprogramms aufs heftigste an und wurde, als er von den  
Schandbündelsprüchen des Reichsarbeitsministers sprach, zur Ord-  
nung gerufen. Torgler forderte die Arbeiter zur Errichtung der  
proletarischen Diktatur und eines Sowjetdeutschlands auf.

Dann nahm wieder Dr. Quack (Dn.) das Wort. Er wies  
auf die Verkürzung der Redezeit und auf die Tatsache hin, daß  
die Redner im Parlament dauernd gestört würden, um so die  
Opposition mundtot zu machen. Das müsse auch einmal vom  
Reichstag aus offen gesagt werden.

Der zwischen den Parteien noch Verhandlungen gepflogen  
wurden, wurden die Beratungen um 1 1/2 Stunden ausgesetzt und  
auf 3 Uhr vertagt.

Nachdem Präsident Löbe die Sitzung um 3 Uhr am Sonn-  
abend wieder eröffnet hatte, teilte er mit, daß inzwischen von den  
Parteiführern der Regierungsparteien das formulierte Ver-  
trauensvotum eingebracht worden war. Es war unterzeichnet  
von der Deutschen Volkspartei, vom Zentrum, von den Demokra-  
ten und den Sozialdemokraten, die Unterschrift der Bayerischen  
Volkspartei fehlte. Als Präsident Löbe vorschlug, zunächst über  
diesen Vertrauensantrag abzustimmen, erhob sich auf der Rechten  
und Linken starker Widerspruch. Die Kommunisten verlangten  
vor allem, daß das Vertrauensvotum gegen den Reichsfinanz-  
minister zunächst behandelt würde, doch beschloß die Mehrheit,  
zuerst den Vertrauensantrag zu behandeln. Die Abstimmung  
war namentlich.

Der Gesetzentwurf über die Kreditermächtigung wurde dem  
Haushaltsausschuß überwiesen. Das Plenum vertagte sich auf  
Montag 1 Uhr zur Beratung der Zollvorlage.

